

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 19/1838



**Gewerkschaft
der Polizei**
Schleswig-Holstein

Gewerkschaft der Polizei • Max-Giese-Straße 22 • 24116 Kiel

Schleswig-Holsteinischer
Landtag
Wirtschaftsausschuss
- Die Vorsitzende -
über die Ausschussgeschäfts-
führerin
Frau Dörte Schönfelder

**Max-Giese-Straße 22
24116 Kiel**

Tel.: 0431-17091
Fax: 0431-17092

gdp-schleswig-holstein@gdp.de
www.gdp-sh.de

Bürozeiten:
Mo / Di / Do 07.30 bis 16.30 Uhr
Mi 07.30 bis 15.30 Uhr
Fr 07.30 bis 13.00 Uhr

Kiel, den 19. Dezember 2018

Stellungnahme der Gewerkschaft der Polizei Schleswig-Holstein zu dem Entwurf eines Gesetzes zur Erweiterung behördlicher Bezirke auf den Bereich der Festen Fehmarnbelt-Querung

Sehr geehrter Herr Dr. Tietze,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

Das Gesetz zur Erweiterung behördlicher Bezirke auf den Bereich der Festen Fehmarnbeltquerung betrifft auch die Landespolizei Schleswig-Holstein. Die betroffene untere Landesbehörde, die Polizeidirektion Lübeck, wird zwei ca. 9 km lange Tunnelabschnitte der Festen Fehmarnbeltquerung mit ordnungs- und sicherheitspolizeilichen Aufgaben zu betreiben haben.

Nach dem „Vertrag vom 3. September 2008 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Dänemark über eine Feste Fehmarnbeltquerung“ unterliegen Angelegenheiten der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie des Notfallmanagements auf der festen Fehmarnbeltquerung auf deutschem Hoheitsgebiet und in der deutschen Ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ) der Zuständigkeit der deutschen Behörden, siehe Artikel 14 des Staatsvertrages.

In der Praxis wird es jedoch so sein, dass sowohl die dänische als auch die deutsche Polizei jeweils einen Tunnelabschnitt mit einer Länge von 18 km auf dem jeweils anderen Staatsgebiet zu betreiben haben wird. Ein entgegengesetztes Einfahren in den Tunnel ist illusorisch.

Diese praktische Vorgehensweise hat erhebliche Auswirkungen:

Die Polizeidirektion Lübeck wird zusätzliche Einsatzkräfte für die Feste Fehmarnbeltquerung vorhalten müssen, um für polizeiliche Einsätze im Tunnel ad hoc rund um die Uhr, 24 Stunden, 7 Tage die Woche, 356 Tage im Jahr zur Verfügung zu stehen. Die derzeitige Berechnung für nur einen Funkstreifenwagen mit zwei Beamten im 24/7-Rhythmus liegt bei zwölf Beamten.

Des Weiteren ist zu berücksichtigen, dass die Vorgehensweise in einem 18 km langen Tunnel hinsichtlich Kommunikation, Technik, Taktik, Fahrzeug etc. eine andere ist als im normalen polizeilichen Raum.

Dort eingesetzte Polizeibeamte müssen daher eine tunnelspezifische Aus- und Fortbildung erhalten. Ähnliches wird schon innerhalb der Landespolizei bei Einsätzen auf den Bundesautobahnen für nicht dort zuständige Polizeibeamte wegen erhöhter Eigengefährdung praktiziert.

Die Feste Fehmarnbeltquerung wird den derzeit längsten Tunnel in Deutschland, den Rennsteigtunnel mit ca. 8 km, um das Doppelte übertreffen.

Dies bedeutet, dass ordnungs- und sicherheitspolizeiliche Aufgaben, von Fahrzeugpannen über Fußgänger im Tunnel bis hin zu schwersten Verkehrsunfällen anfallen werden. Ob dies mit einer Funkstreifenbesatzung zu bewältigen ist, wird seitens der GdP eher angezweifelt.

Die zuständige Polizeistation Fehmarn befindet sich im 10 km entfernten Burg (Fahrzeit 10 Minuten) und stellt im Rahmen des Präsenzkonzeptes der PD Lübeck eine Präsenzstreife für alle polizeilichen Aufgaben auf der Insel Fehmarn und betreut weiterhin die Fehmarnbeltbrücke.

Die nächste polizeiliche 24/7-Präsenz befindet sich beim Polizeirevier Heiligenhafen in einer Entfernung von 26,3 km (Fahrzeit 20 Minuten) und betreut den ländlichen Raum zwischen Großenbrode / Oldenburg und Grube.

Die dann folgende Polizeistation Oldenburg liegt in einer Entfernung von 37 km (Fahrzeit 30 Minuten) und betreut mit einer Präsenzstreife den ländlichen Raum bis Neustadt. Weitere polizeiliche Einsatzkräfte stehen nachts und am Wochenende erst in Neustadt und Eutin zur Verfügung.

Darüber hinaus sind die derzeitigen Raumkapazitäten der Polizeistation Burg ausgeschöpft, so dass für die zusätzlichen Polizeivollzugsbeamten weitere oder neue Räumlichkeiten erstellt werden müssen.

Daher kann die Aussage unter dem Buchstabe D, Ziffer 1. Kosten, nicht geteilt werden, weil durch diese zusätzlichen Polizeivollzugsbeamten und den beschriebenen Themenfeldern sehr wohl Kosten für den Landeshaushalt entstehen.

Jede Einsatzlage, ob Polizei und/oder Feuerwehr, bedarf einer Kommunikation mit den zuständigen dänischen Behörden. Insbesondere im Tunnel aber auch im Rahmen der polizeilichen Nacheile, Verfolgung von Personen oder Fahrzeugen, in die jeweils anderen Staatsgebiete bedingen einen sofortigen Austausch und somit eine länderübergreifende Zusammenarbeit, um weitere Vorgehensweisen abzusprechen. Damit einhergehen nicht nur sprachliche Aus- und Fortbildung sondern auch länderübergreifende Übungsszenarien, um für alle Ereignisse im und um die feste Beltquerung mit den dänischen Behörden bestmögliche Voraussetzungen zu schaffen.

Die Gewerkschaft der Polizei unterstützt den vorliegenden Gesetzentwurf im Landesverwaltungsgesetz und begrüßt, dass sich solche elementaren Veränderungen nicht in Einzelregelungen, wie z.B. Verordnungen und Erlassen wiederfinden.

Mit freundlichen Grüßen

Der Vorstand

i.A.

A handwritten signature in black ink, reading 'Torsten Jäger'. The signature is written in a cursive, flowing style.

Torsten Jäger

Landesvorsitzender